

Reform der EU-Entsenderichtlinie – Parlament hat grünes Licht für Verhandlungen mit Rat gegeben

Ziel: Faire Entlohnung und angemessener sozialer Schutz

Das EU-Parlament arbeitet an einer Reform der Regelungen über die Entsendung von Arbeitnehmern. Während der vergangenen Plenartagung haben wir grünes Licht für die Aufnahme der Verhandlungen mit dem Ministerrat gegeben.

Die Regelungen für Arbeitnehmer, die von ihrem Chef vorübergehend ins EU-Ausland geschickt werden, stammen noch aus dem Jahr 1996. Derzeit arbeiten wir an der Aktualisierung dieser Regeln, die sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zu lebhaften Diskussionen geführt haben. Es geht darum, faire Entlohnungsbedingungen und einen angemessenen sozialen Schutz für entsandte Arbeitnehmer sicherzustellen und gleichzeitig faire Wettbewerbsbedingungen für alle Dienstleistungserbringer zu gewährleisten.

Die derzeit noch gültige Entsende-Richtlinie enthält bereits eine Reihe von Anforderungen wie Mindestlohnsätze, Höchstarbeitszeiten oder bezahlter Mindestjahres-

urlaub. Im Laufe der vergangenen 20 Jahre hat sich die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Lage in der EU jedoch stark verändert. Da Arbeitgeber nur an die Mindestlohnsätze des Aufnahmelandes gebunden sind, verdienen entsandte Arbeitnehmer für die gleiche Arbeit sehr oft um einiges weniger als lokale Arbeitnehmer. Dies kann eine Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen für lokale und entsendende Unternehmen zur Folge haben und das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts beeinträchtigen.

Schlupflöcher in den derzeitigen Bestimmungen haben zudem zu einem Anstieg von „kreativen“ missbräuchlichen und betrügerischen Praktiken wie beispielsweise die Nutzung von Briefkastenfirmen oder fingierten Untervergabeketten geführt, die die Ausbeutung entsandter Arbeitnehmer nach sich zieht. Neben der Einführung der gleichen Entlohnung (für die gleiche Arbeit am gleichen Ort) sollen diese Schlupflöcher nun ebenfalls in der neuen Entsende-Richtlinie gestopft werden.



Europaweite Notrufnummer 112

Die europaweit geltende Notrufnummer 112 könnte noch viel mehr Menschen in Not helfen und Leben retten, wenn sie denn jedem bekannt wäre. In Brüssel habe ich mich mit deutschen Vertretern der Einrichtungen getroffen, die durch das Wählen der kostenfreien Notrufnummer 112 alarmiert werden. Wir sprachen über Fortschritte, Hindernisse und Grenzen bei der Funktionsfähigkeit dieser Notrufnummer. Gern setze ich mich auch zukünftig dafür ein, dass die 112 flächendeckend in Europa funktioniert und Rettungsleitstellen mit den notwendigen Daten versorgt werden.

Aus dem Europäischen Parlament

Reform des Dublin-Abkommens auf dem Weg

Künftig automatische Umverteilung von Flüchtlingen

Die Dublin-Verordnung regelt, welcher Mitgliedstaat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist. Wir alles wissen: Das System ist in der aktuellen Form an seine Grenzen gestoßen. Die Schwächen des Abkommens wurden vor allem 2015 deutlich, als Länder wie Griechenland oder Italien den Massenzustrom an Schutzsuchenden nicht stemmen konnten. Unser Innenausschuss hat nun einen Vorschlag über die Reform des Dublin-Systems verabschiedet.

Statt wie bisher den Ankunftsändern die Verantwortung für die Asylsuchenden zu überlassen, soll es künftig eine

automatische Umsiedlung der Flüchtlinge nach einem festen Verteilungsschlüssel geben. Wie viele Asylbewerber ein Land aufnehmen muss, soll sich nach seiner Einwohnerzahl und der Wirtschaftskraft richten. Der Vorschlag muss noch vom Plenum des Parlaments verabschiedet werden, um als Grundlage für die Verhandlungen mit den Mitgliedsländern zu dienen. Diese haben sich allerdings bislang nicht auf eine gemeinsame Position einigen können. Grund ist vor allem die Blockadehaltung von Staaten wie Ungarn und Tschechien, die strikt gegen eine automatische Umverteilung von Flüchtlingen sind.

Keine Fortschritte im Streitfall Glyphosat – EU-Parlament macht Lösungsvorschlag

Schrittweises Verbot des Unkrautvernichters bis Ende 2022

Das Europaparlament hat sich dafür ausgesprochen, das umstrittene Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat bis zum 15. Dezember 2022 schrittweise zu verbieten. Während der Wirkstoff laut unserem Vorschlag im privaten Gebrauch ab sofort unzulässig wäre, dürften Landwirte das umstrittene Herbizid in den nächsten fünf Jahren nur noch einsetzen, wenn es keine biologischen Alternativen gibt. Die fünfjährige Frist soll den Landwirten Zeit verschaffen, um alternative Lösungen für die notwendige Unkrautbekämpfung zu entwickeln. Das Parlament lehnt damit die Idee der EU-Kommission ab, die Zulassung für Glyphosat um zehn Jahre zu verlängern.

Die Entschließung des Parlaments ist nicht bindend. Die

endgültige Entscheidung muss der Ministerrat, also die Vertreter der Mitgliedsländer, treffen. Diese konnten sich vergangene Woche nicht auf eine gemeinsame Linie einigen. Für oder gegen eine Zulassung muss im Rat mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden. Nötig sind dafür mindestens 16 Staaten, die für 65 Prozent der EU-Bevölkerung stehen. Am 9. November wird es eine neue Abstimmungsrunde geben. Sollte der Ministerrat bis 15. Dezember zu keiner Einigung kommen, würde die Zulassung für Glyphosat automatisch auslaufen und das Mittel müsste in Europa vom Markt genommen werden. Denn die Kommission hat bereits angekündigt, dass sie die Zulassung des Herbizids nicht noch einmal vorläufig verlängern wird.

Konsultation zur Flugsicherheit

Die Stärken und Schwächen der EU-Verordnung über die „Flugsicherheitsliste“ („Schwarze Liste“) werden hinterfragt. Mit der Konsultation werden insbesondere auch Reisende und EU-Bürger aufgefordert, ihre Erfahrungen und Vorschläge zum Thema Flugsicherheit mitzuteilen. Damit sollen die Stärken und Schwächen der Verordnung über die Flugsicherheitsliste festgestellt und bei der anstehenden Evaluierung berücksichtigt werden. Die Verordnung wurde vor zehn Jahren erlassen, um zwei Probleme in den Griff zu bekommen: die unzureichende Sicherheit bei Flügen in die, aus der, und innerhalb der EU sowie die unzureichende Klarheit darüber, welche Fluggesellschaft tatsächlich für einen Flug zuständig ist. Anlass für die Schaffung der „Schwarzen Liste“ waren Anfang der 2000er Jahre schwere Flugzeugunfälle. Ein EU-weit einheitliches Vorgehen gegen unsichere Fluggesellschaften bei der Verhängung von Betriebsverboten war daher nicht zu vermeiden. Die Liste wird zweimal pro Jahr überarbeitet. Die Konsultation endet am 7. November. Hier können Sie sich beteiligen: <http://bit.ly/2gT1t9Y>

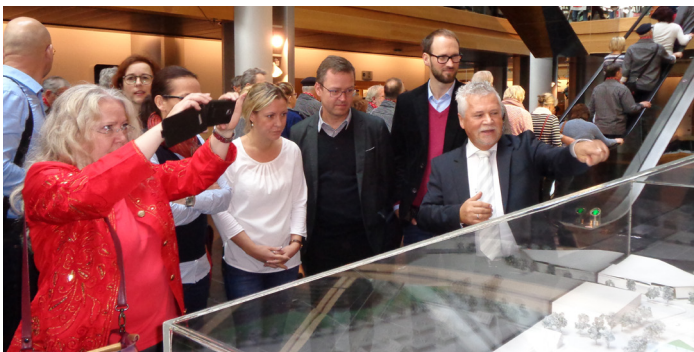
Einladung zum Bürgerforum am 10. November in Weimar

Wenn Sie schon immer mal mitreden wollten über Europa...



... dann können Sie das am 10. November in Weimar tun! Das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland lädt Sie herzlich ein, im Rahmen eines Bürgerforums mit Europaabgeordneten zu diskutieren. Wie wirkt sich europäische Politik in Thüringen aus? Was soll die EU regeln und was besser nicht? Das Bürgerforum soll Ihnen die Möglichkeit eröffnen, mit Abgeordneten des EU-Parlaments über diese und andere Themen zu diskutieren. Neben mir werden Ihnen unter anderem auch mein Kollege Jakob von Weizsäcker (SPD) und Prof. Dr. Olaf Leiß, Professor für Europäische Studien an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Rede und Antwort stehen. Die

Moderation übernimmt Susann Reichenbach vom MDR. Das Bürgerforum wird in Zusammenarbeit mit der Stadt Weimar ausgerichtet. Oberbürgermeister Stefan Wolf spricht ein Grußwort. Diskutieren Sie live mit! Es geht los um 17 Uhr im Flügelsaal 1 der Weimarahalle (UNESCO-Platz 1, 99423 Weimar). Fragen können auch über den Hashtag #MitredenEU in die Diskussion eingebracht werden. Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei. Im Anschluss an die Diskussion findet ein kleiner Empfang statt. Sie können sich telefonisch (0941 69 64 63 0), per E-Mail (mitreden@valentum.de) oder online (www.europarl.de) anmelden. Ich freue mich über eine rege Teilnahme!



Wir im EU-Parlament die Idee, einen europäischen Fernsehsender einzurichten. Sozusagen einen „Parlaments-Kanal“, um auf diesem Wege über die Vorgänge und den Gesetzgebungsprozess hier im Haus berichten zu können. Aber da gab es einen Riesen-Aufschrei aus Deutschland, man hielt uns vor, dass wir dort ja nur zeigen würden, was wir zeigen wollten, und das auch noch auf Steuerzahlerkosten. Die Idee haben wir deshalb leider wieder aufgegeben.

Thüringer Staatsbeamte zu Gast in Straßburg

Vergangene Woche haben mich Vertreter aus verschiedenen Thüringer Ministerien und der Staatskanzlei im Straßburger Parlament besucht. Wir hatten einen interessanten Austausch, unter anderem darüber, wie wir EU-Abgeordnete die Thüringer Bevölkerung über die Gesetzesprozesse auf EU-Ebene informieren können. In der Tat ist es nicht leicht, eine breite Bevölkerungsschicht mit einzubeziehen, wenn vor allem die lokalen Medien wenig Interesse an europäischen Themen zeigen. Vor einigen Jahren hatten wir im EU-Parlament die Idee, einen europäischen Fernsehsender einzurichten. Sozusagen einen „Parlaments-Kanal“, um auf diesem Wege über die Vorgänge und den Gesetzgebungsprozess hier im Haus berichten zu können. Aber da gab es einen Riesen-Aufschrei aus Deutschland, man hielt uns vor, dass wir dort ja nur zeigen würden, was wir zeigen wollten, und das auch noch auf Steuerzahlerkosten. Die Idee haben wir deshalb leider wieder aufgegeben.

Wettbewerb zu Digitalen Plattformen

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat den Wettbewerb „Digitale Plattformen: Interaktive Assistenzsysteme für den Menschen“ ausgeschrieben. Gefördert werden neuartige und kreative Lösungen zur Erforschung, Entwicklung und Umsetzung von digitalen Plattformen für „Interaktive Assistenzsysteme für den Menschen“. Diese sollen darauf ausgelegt sein, existierende Einzellösungen aus unterschiedlichen Bereichen der Mensch-Technik-Interaktion bestmöglich zu kombinieren und Synergien zu nutzen. Infos unter: <http://bit.ly/2fpgwrm>

Infos zur EU-Datenschutz-Grundverordnung

Das Thüringer Kompetenzzentrum Wirtschaft 4.0 lädt gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Gotha am 8. November zu einer Informationsveranstaltung zur neuen EU-Datenschutz-Grundverordnung nach Gotha ein. Die neue Verordnung, welche die seit 1995 geltende EU-Datenschutzrichtlinie (95/46/EG) ersetzt und auf Unternehmen einen erheblichen Einfluss haben wird, tritt im Mai 2018 in Kraft. Mehr Infos zur Veranstaltung unter: <http://www.thueringen40.de/event/eu-datenschutz-grundverordnung/>

Service und Termine

★ DeafIT Conference

Am 10. und 11. November findet in Frankfurt am Main die vierte DeafIT Conference statt. Die DeafIT Conference richtet sich an alle deutschsprachigen Gehörlosen, Schwerhörigen und CI-Träger, die in der IT (Information & Technology)-Branche arbeiten oder arbeiten möchten. Es soll eine Plattform entstehen, wo sich alle Hörgeschädigten aus ganz Deutschland mit ihrem IT-Fachwissen austauschen können. Weitere Informationen unter:
<http://www.einfach-teilhabe.de/DE/StdS/Home/Aktuelles/DeafIT-Conference.html>

★ Verhandlungstexte zu EU-Indonesien-Abkommen

Die EU-Kommission hat weitere Texte zu den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Indonesien veröffentlicht. Dazu zählen ein Bericht über die Fortschritte bei der vergangenen dritten Verhandlungsrunde sowie acht von der Kommission der indonesischen Seite vorgelegte Textvorschläge. Die letzte Gesprächsrunde fand Mitte September in Brüssel statt. Die vierte Runde ist für Anfang 2018 in Indonesien angesetzt. Hier geht es zum Bericht: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/sepember/tradoc_156114.PDF
Und hier zu den Textvorschlägen:
<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1620>

★ Tagung „Fahrzeugsicherheit 2017“

Verschaffen Sie sich auf der Tagung „Fahrzeugsicherheit 2017“ vom 28. bis 29. November in Berlin einen Überblick über den Stand der Entwicklung im Bereich Fahrzeugsicherheit: Lernen Sie konkrete Lösungen und Maßnahmen kennen, mit denen Sie Ihre Fahrzeuge sicherer machen können, und hören Sie dazu zahlreiche Expertenvorträge rund um die Themen aktive und passive Sicherheit im Fahrzeug, Fahrerassistenzsysteme, aber auch zu alternativen Fahrzeugkonzepten sowie Straßenbaukonzepten. Die Veranstaltung richtet sich an Forscher und Entwickler

von FAS, Planer, Zulieferer, Behördenvertreter, Gesetzgeber und Verbände, Berufsgenossenschaften und Universitäten. Infos unter: <http://bit.ly/2hdEvva>

★ Erasmus+: Aufruf 2018 veröffentlicht

Die EU-Kommission hat die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das EU-Förderprogramm Erasmus+ veröffentlicht. Mit einer Steigerung des diesjährigen Budgets um 200 Millionen Euro (acht Prozent) stehen für Projekte in der allgemeinen und beruflichen Bildung, Jugend und Sport insgesamt 2,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Infos unter: <https://www.na-bibb.de/presse/news/erasmus-aufruf-2018-veroeffentlicht/>

★ EfBB jetzt auch auf Facebook

Die neue Facebook-Seite zum Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB) ist online. Gepostete Videos, Fotos und Beiträge informieren über das Programm und die Themen „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Partizipation in Europa“. Termine zu europaweiten, programmrelevanten Veranstaltungen bieten die Möglichkeit, sich zu vernetzen. Die Seite wird von allen Nationalen Kontaktstellen für das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« gemeinsam betreut.
<https://www.facebook.com/eu4citizens/>

★ Kroatische NGO sucht Partner

Die kroatische Nichtregierungsorganisation (NGO) »KUD Anka Ošpuh« sucht Projektpartner für ihr Vorhaben »To confirm European citizenship through common cultural values«. Ziel des Projekts ist die Förderung der Unionsbürgerschaft vor dem Hintergrund gemeinsamer europäischer, kultureller Werte. Junge Menschen aus ländlichen Gegenden sollen mit dem Projekt vorrangig erreicht werden. Nähere Infos unter: http://www.kontaktstelle-efbb.de/fileadmin/user_upload/4_infos-service/partnersuche/Partner_search_form_KUD_Anka_Ospuh.pdf